

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1 1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum,
Kleinere verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 30. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem General der Infanterie v. D. v. Kunowski, bisher General-Inspeteur
der technischen Institute der Artillerie, das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens
mit Eichenlaub; sowie dem Medizinal-Rath Dr. Krieger in Berlin den Cha-
rakter als Geheim-Medizinal-Rath zu verleihen; und den Gerichts-Assessor
Gaebelein in Pleschen zum Staatsanwalt in Pleschen zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Potsdam, 29. Juni, Abends. Soeben ist Se. Majestät der Kronprinz in seiner Eigenschaft als Präsident der preussischen
Ausstellungskommission mit kleinem Gefolge von der Wildparksta-
tion aus nach Paris abgereist.

Wien, 30. Juni, Nachmitt. Hier eingetroffenen Nachrichten
zufolge, deren Authentizität leider nicht anzuzweifeln ist, wurde
Kaiser Maximilian am 19. Juni erschossen.

München, 30. Juni, Nachm. Der Kaiser und die Kaiserin
von Oesterreich sind heute Nachmittag 2 Uhr von Regensburg hier
angekommen. Die Kaiserin ist sofort, der Kaiser um 4 1/4 Uhr nach
Pöschhofen weiter gereist.

Neustrelitz, 29. Juni, Abends. Heute ist hier die Verfas-
sung des Norddeutschen Bundes publiziert worden. In dem Publi-
kationspatente heißt es an der betreffenden Stelle: Rücksichtlich des
Zoll- und Handelswesens wird bestimmt, daß die zur Zeit hier be-
stehenden Gesetze bis auf Weiteres in Kraft bleiben.

Wien, 30. Juli, Morgens. Die heutige „Wiener Zeitung“
veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben,
welches den Freiherrn v. Beust unter Verlassung seiner Funktionen als
Minister des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegen-
heiten zum Reichsfürst ernannt, dem Grafen Taaffe die Stellver-
tretung im Präsidium des Ministerraths überträgt, den Justizmi-
nister Komers seiner Stellung enthebt und den Ritter v. Hye zum
Justizminister ernannt, indem es denselben auch mit der interimisti-
schen Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums beauftragt.

Durch ein zweites kaiserliches Handschreiben an den kroatischen
Hofkanzler wird der Bann von Kroatien, Baron Sokewic, seiner
Stellung entzogen und Baron von Haud zum Hofkanzler des
Banats ernannt.

Dem ehemaligen Justizminister Komers und dem Baron
Sokewic ist das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen worden.

Windsor Castle, 30. Juni, Morgens. Ihre Majestät die
Königin von Preußen fuhr gestern zum ersten Male nach London,
stattete dort der Prinzessin von Wales einen Besuch ab, besichtigte
dann das britische Museum und den Hortikultur-Garten und kehrte
zum Diner nach Schloß Windsor zurück.

Paris, 30. Juni, Abends. Der Sultan ist um 4 1/2 Uhr
angekommen und wurde von dem Kaiser, dem Prinzen Napoleon
und den hohen Würdenträgern auf dem Bahnhofe empfangen.
Der Sultan, der Kaiser, Prinz Napoleon und Suad-Pascha fuhren
in einem Wagen zuerst nach den Tuilerien und dann nach dem
Elysée, auf dem ganzen Wege von einer großen Volksmenge be-
gleitet.

Brüssel, 30. Juni. Die „Indépendance belge“ meldet in
einem Telegramm aus Wien, daß der österreichische Gesandte in
Washington dem Kapitän des österreichischen Kriegsschiffes „Eli-
abeth“ in einer offiziellen Depesche die Anzeige gemacht habe, daß
der Kaiser Maximilian am 19. Juni in Vera-Cruz erschossen wor-
den sei.

Rom, 29. Juni. Die Ceremonie der Kanonisation hat bei
der heutigen Säcularfeier mit großer Feierlichkeit stattgefunden.
Es waren über 100,000 Fremde anwesend. Der Papst wurde ent-
husiastisch begrüßt.

Petersburg, 30. Juni, Nachmitt. Durch allerhöchsten Er-
laß ist der Reichsbank die Emission von 35 Millionen Rubel Pa-
piergeld unter Garantie von Schagbons zum Zwecke der Unter-
stützung des Handels gestattet worden.

Aus Livadia in der Krim wird gemeldet, daß die Kaiserin von
Rußland am Freitag Abend daselbst eingetroffen ist.

Belgrad, 30. Juni. Der Kriegsminister Oberst Blasenow-
bas wird in den nächsten Tagen nach Wien und von dort über
Brüssel nach Paris reisen. Die serbische Regierung trifft nach allen
Seiten Anstalten, die Gewehre in Hinterlader umzugestalten.

Riga, 29. Juni, Abends. Der Kaiser ist heute Abend 11
Uhr pr. Extrazug nach Zariko-Selo abgereist, nachdem er noch der
Galavorstellung im Theater beigewohnt hatte.

Nord-Schleswig.

Damit die politischen Fragen nicht ausgehen, folgt Luxemburg
auf dem Fuße Nord-Schleswig. Die französische, wie die dänische
Presse haben dafür gesorgt, diese Frage in Fluß zu bringen, doch
wäre sie wohl auch ohne ihr Zutun Gegenstand diplomatischer Ver-
handlungen zwischen der preussischen und dänischen Regierung ge-
worden. Wir haben die preussischen Vorschläge mitgetheilt, sie wah-
ren das Nationalitätsprinzip. Es werden gegen diesen Standpunkt
von dänischer Seite keine nennenswerthen sachlichen Argumente vor-
gebracht. Die von Preußen geforderten Garantien für den even-
tuell abzutretenden Landstrich mit deutscher Bevölkerung können
prinzipiell nicht verweigert werden, man steckt sich aber hinter das
Verlangen, daß erst die Grenzberichtigung erfolge, ehe darüber
verhandelt werde. Dieses Verlangen wird auch von der französi-
schen Presse unterstützt, aber dasselbe ist durchaus widersinnig, da
erst feststehen muß, wie viel Preußen abzutreten hat, ehe sich die

Bedeutung des unter dänische Herrschaft zurückkehrenden deutschen
Elements und das entsprechende Maas der zu gewährenden Garan-
tien beurtheilen läßt. Es bleibt sich doch sicher nicht gleich, ob
Dänemark hunderttausend Deutsche oder nur eine Hand voll zurück-
gewinnt. Und wäre die Grenzberichtigung definitiv erfolgt, dann
würde sich mit Dänemark schwer unterhandeln lassen. Preußen darf
auf seiner Forderung um so mehr bestehen, als es nur eine Bedingung
stellt, die der Gerechtigkeit, der Humanität, und wenn wir wollen,
dem modernen Staatsrecht entspricht, also schon ohnehin von Dä-
nemark erfüllt werden muß.

Die französische Presse, gleich wie die dänische, sucht den Streit
auf ein ihm ganz fremdes Gebiet zu verlegen, und indem sie ihn
zur reinen Machtfrage stempelt, droht sie bald mit Oesterreich, bald
mit Frankreich. Die Spannung zwischen den beiden Kaiserreichen
einerseits und Preußen andererseits wird von „Berlinsche Tidende“
als höchst flagrant geschildert.

Die ganze französische Presse scheint Oedre erhalten zu haben,
Oesterreich in demselben Maße den Hof zu machen, in welchem Preu-
ßen der Dert gelesen wird. Am meisten Aufsehen erregt ein Artikel
der „France“ durch seinen äußerst feindseligen Ton gegen Preußen.
Wir signalisiren ihn schon in einem Telegramm; er will das Recht
Frankreichs wahren, an der Interpretation der Nilsburger Frie-
dens-Präliminarien Theil zu nehmen, und richtet sich gegen die „N.
A. Z.“, welche behauptet hatte, daß die nord-schleswigsche Angelegen-
heit zwischen den beiden Mächten allein liege, welche den Prager
Frieden geschlossen haben.

„Frankreich“, sagt die „France“, hat den Prager Frieden nicht unterzeich-
net; in seiner Eigenschaft eines Vermittlers spielt es aber darin die Hauptrolle;
es scheint schwierig zu sein, ihm das Recht zu bestreiten, zuzusehen, wie die Sti-
pulationen ausgeführt werden, zu denen es die Initiative ergriffen und welche
es zur Annahme gebracht. Man muß jedoch eine Lage, welche die preussischen
Zeitungen auf die engen Verhältnisse einer Frage diplomatischen Verfahrens zu
reduciren sich bemühen, von einem höheren Standpunkte aus ins Auge fassen.
Die dänischen Angelegenheiten verlegen seit 30 Jahren Europas in Unruhe. Sie
führten zu einem Kriege, dessen Ernst man zuerst bestreiten wollte, der aber nur
das Vorpiel zu jenem großen Kampfe war, dessen Resultate Deutschland, das
Gleichgewicht und die Beziehungen zwischen den einzelnen Mächten so sehr mo-
dificirt haben. Die Folgen dieser Umwälzung sind noch nicht erschöpft; wir
sind durch ein 20. und vor einem Monat waren und furchtbaren Konflikten ent-
gangen, die über Prinzip und ihre Folgen, die über die Gerechtigkeit und der Vor-
sicht, den Frieden zwischen Berlin und Wien wiederherstellte, wollte es für die
Zukunft die Verwicklungen verhüten, zu denen die legitimen Agitationen und
Reklamationen der dänischen durch die preussische Herrschaft unterdrückten Bevöl-
kerung Nord-schleswigs Anlaß geben konnten. Es wollte für die Zukunft der eu-
ropäischen Politik die Klippe wegräumen, an der noch jüngst die Friebe zu
zerfallen drohte. Es sagte sich, daß, wenn die gerechten Ansprüche der Schles-
wiger zwischen dem Norden Deutschlands und Dänemark nicht endgültig gere-
gelt würden, die dänische Frage in jedem Augenblicke heftiger und schrecklicher
als je wieder aufsteigen könne. Es giebt Nationalitäten genug, welche in Ere-
gung sind und die Politik der großen Mächte verwickeln, als daß diese noch an-
dere aufreizen, und welche mit jedem Tage die Ruhe Europas gefährden. Diese
Gründe universellen Interesses sind auch heute noch eben so entscheidend, wie im
Augenblick, wo die Präliminarien von Nilsburg und der Prager Friede un-
terzeichnet wurden. Europa kann nicht gestatten, daß man es so zu sagen, perio-
disch allgemeinen Erschütterungen aussetzt. Das von Preußen Betreffs der
schleswigschen Bevölkerung gemachte Versprechen ist keine einfache, den unbe-
freitbaren Rechten Dänemarks bewilligte Genugthuung, sondern eine Garantie
für den Frieden Europas. Es ist fündig, zu untersuchen, wie dieses die „Nord-
deutsche Allgemeine Zeitung“ gethan, ob der Prager Vertrag den andern Mäch-
ten das Recht giebt oder nicht, wegen der Nichtausführung der Verpflichtungen
Preußens Dänemark gegenüber zu reklamiren. Dieses haben sie vielleicht nicht
kraft eines diplomatischen Aktes, aber sie haben es kraft eines großen Principes
des modernen Völkerrechts, welches einem einzelnen Mitgliede der europäischen
Familie nicht gestattet, das Interesse und die Ruhe der übrigen in Gefahr zu
bringen. Die Großmächte können das sagen, was der lateinische Redner von dem
Menschen und der Menschheit sagte: Homo sum et nihil humani a me alienum
puto — Wir sind Europa, und nichts, was den Frieden, die Ordnung
und das Gleichgewicht Europas betrifft, kann uns fremd sein.

Wenn also Frankreich sich auf „das große Princip des moder-
nen Völkerrechts“ stützt, was hat es denn einzuwenden gegen die
preussischen Bedingungen, welche auf eine Volksabstimmung und
Nationalitäts-Garantie hinauslaufen? Graf Bismarck hat eine
Position genommen, welche am wenigsten von Frankreich erschüttert
werden kann und welche französische Blätter neiderfüllt nur im grell-
sten Widerspruch mit sich selbst bekämpfen.

Ist es Frankreich wirklich allein um den europäischen Frieden,
damit diese Aeußerung in einem französischen Blatte klingt komisch
genug) „die periodischen Erschütterungen ausbrennen“, so wird es sich
der Quelle erinnern müssen, aus welcher die schleswig-holsteinische
Verwicklung entstanden und gerade den nationalen Maßstab
zur gründlichen Erstickung der Frage anwenden müssen, dessen sich
Preußen bedienen will. Bleibt Louis Napoleon seiner gewohnten
Politik treu, so hat sein Mitwirken in der schleswig-holsteinischen
Angelegenheit für uns nichts Bedenkliches, aber daß ihm darum,
wie die „France“ andeutet, das erste und letzte Wort gebührt, möchte
in Rücksicht auf den Friedens-Kontrahenten Oesterreich von unserem
Standpunkt nicht zuzugeben sein. Wir fragen zunächst, was Oes-
treich sagt? Und dann werden wir bald erfahren, ob Herr von
Beust in Nord-schleswig eine andere Politik verfolgen kann, als
daheim?

Die Dänen schwelgen in großen Illusionen, genährt durch die
französische Presse. Sie mögen sich aber erinnern, was Frank-
reich trotz allen Roquettirens mit Polen für dieses Land gethan
hat. Was den Beistand anlangt, den sie von Oesterreich erwarten
dürfen, so mögen sie folgende Notiz der „Wiener Debatte“ nicht
übersehen.

In diplomatischen Kreisen ist man sehr erstaunt über die
neuliche Wahrnehmung des „Globe“, wonach wegen der Auslegung
des Artikel V. des Prager Friedensvertrages zwischen Oesterreich und
Preußen Differenzen sich erhoben hätten. Hier wenigstens ist nicht
das leiseste Symptom bemerkbar geworden, daß auf eine Erkaltung

der zwischen Wien und Berlin obwaltenden guten Beziehungen
schließen ließe.

Die Bestimmung des Prager Friedens in Betreff der „nördli-
chen Distrikte“ Schleswigs läßt dem Könige von Preußen so sehr
freie Hand, daß sie bis jetzt nicht im geringsten als verlegt erschei-
nen kann. Sucht die französische Presse Kapital aus der Angele-
genheit zu schlagen, so ist es ihr nur darum, ihrem Unmuthe über
die gesammte preussische Politik Luft zu machen und ihre Leser mit
einem piquanten Stoff zu füttern. Louis Napoleon wird die schles-
wig-holsteinische Frage nicht unter allen Umständen durch die Brille
der Pariser Blätter, sondern so ansehen, wie es ihm für seine übrige
Berechnungen konvenirt.

Deutschland.

Preußen. 4 Berlin, 30. Juni. Am königl. Hofe und in
den militärischen Kreisen herrscht in diesen Tagen der Jahresfeier
der vorjährigen Schlachten und Siege eine gehobene Stimmung,
welche in der am 3. f. M. zu Potsdam stattfindenden Fahnenweihe
für die Regimenter der drei neuen Armeekorps einen entsprechenden
Ausdruck findet. Es geschieht wohl nicht ohne Absicht, daß der
Thronerbe Italiens gerade an diesem Tage in Potsdam eintrifft und
mit seinem militärischen Gefolge die Siege eines Feldzuges feiern
hilft, in welchem Italien der Bundesgenosse Preußens war. Es
hat dieser Besuch unterrichteten Personen Anlaß gegeben, festzustel-
len, daß die Angaben von einer Erschütterung der guten Bezie-
hungen zwischen Preußen und Italien völlig grundlos sind, daß man
vielmehr dieseits wie von italienischer Seite noch in neuester Zeit
bemüht war, das gute Einvernehmen beider Mächte zu konstatiren.
Prinz Amadeus von Italien beabsichtigt eine genaue Kenntniss-
nahme der preussischen Militär-Einrichtungen, für welche die italieni-
sche Regierung stets ein besonderes Interesse an den Tag gelegt hatte;
war doch vor einigen Jahren der General Lamarmora eigens hierher
gesandt worden, um über preussisches Heerwesen zu berichten, und
die Einführung ähnlicher Einrichtungen in das italienische Heer
beizuführen.

Eine Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren u. der verschie-
denen Regimenter des 9., 10. und 11. Armeekorps, welche zu
Fahnenweihe kommandirt worden, sind bereits hier eingetroffen.
— Mit der nächsten Woche, welche die Abreise des Königs nach
Gms und der kronprinzlichen Familie in das Seebad Misdroy
bringt, beginnt die eigentliche saison morte. Der Hof wird sich
Anfangs September in Potsdam wieder zusammen finden; wann
und ob überhaupt der Besuch des Kaisers der Franzosen an unserem
Hofe erfolgen wird, darüber ist vorläufig wieder einmal Alles still
geworden. Die Zimmer im hiesigen kgl. Schlosse sind allerdings
in Bereitschaft gestellt, und da der Hof erst im Herbst hierher ver-
legt zu werden pflegt, so scheint man den kais. Besuch erst um diese
Zeit zu erwarten. — Auch die Staatsminister schicken sich an, ihre
Urlaubsreisen zu unternehmen, doch wird das Ministerium späte-
stens bis zur zweiten Augustwoche wieder vollständig hier beisammen
sein, um die Feststellung der Vorlagen für den Landtag vorzuneh-
men oder sich an denjenigen für den Reichstag zu betheiligen, soweit
ihre Ernennung zu Kommissaren der preussischen Regierung erfol-
gen sollte. — Die Landtagssession verspricht insofern von be-
sonderer Wichtigkeit zu werden, als nicht nur erhebliche Reorgani-
sationsfragen für die neuen Provinzen und ihre Verschmelzung zum
Austrage gebracht werden sollen, sondern auch die Vorlegung des
hochwichtigen Unterrichtsgesetzes in Aussicht genommen ist. In die-
sen inneren Fragen wird man keine Spaltung der liberalen Partei
zu besorgen, vielmehr die Herstellung der Einigkeit hoffentlich nicht
als ausschließliches Resultat der Verathungen zu erwarten haben.

△ Berlin, 30. Juni. Die Gesessammlung wird in den
nächsten Tagen die Verordnung in Bezug auf die Justizorganisa-
tion in Schleswig-Holstein bringen. Es handelt sich in
derselben um die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung,
um die Aufhebung der Privat- und Patrimonialgerichtsbarkeit und
des erimierten Gerichtsstandes, und schließlich um die Gerichtsver-
fassung. In Bezug auf die Trennung der Rechtspflege von der Ver-
waltung und auf die Aufhebung der Privat- und Patrimonialge-
richtsbarkeit werden die im altpreussischen Staate geltenden Grund-
sätze auch in den Elberzogthümern vollständig zur Geltung kom-
men. Auch die Gerichtsverfassung wird im Wesentlichen durchaus
nach dem Muster der in Preußen bestehenden eingerichtet werden,
also mit Untergerichten und zwar theils kollegialisch organisirten
Kreisgerichten, theils Einzelrichtern, dann einem Appellationsge-
richt und schließlich einem obersten Gerichtshof als oberster Instanz,
über dessen Organisation gleichzeitig eine besondere Verordnung er-
lassen werden wird. Eine Vereinigung desselben mit dem bestehen-
den Obergericht ist in Aussicht genommen, kann aber nicht ohne
Aenderung des bezüglichen preussischen Gesetzes ausgeführt werden.
In Bezug auf die Staatsanwaltschaft und Advokatur, sowie auf die
Qualifikation der Richter treten die preussischen Verhältnisse in
Kraft, doch in letzterer Beziehung zugleich ein interessantes Novum,
daß nämlich nur 2 juristische Prüfungen stattfinden, die erste zum
Eintritt in den Gerichtsdienst und die zweite als große Staatsprü-
fung. Ja, wie ich höre, beabsichtigt die Regierung diese Beschrän-
kung auf nur zwei Prüfungen für die ganze Monarchie zur Einfüh-
rung zu bringen. Endlich ist noch über die Verwendung der bishe-
rigen Richter in Schleswig-Holstein das Nöthige angeordnet worden.

Nachdem die Regierung sich seit längerer Zeit, wie ich Ihnen
schrieb, mit der Angelegenheit der Zeitungssteuer be-
schäftigt, hat sie jetzt beschlossen, die Umwandlung derselben in eine
Inseratensteuer auf dem Wege der Gesetzgebung vorzubereiten.

Bis ein solches Gesetz zu Stande kommt, wird vom 1. Oktober ab auch in den neuen Provinzen die Zeitungsstempelsteuer erhoben werden. — Bekanntlich soll nach Artikel 45 der Bundesverfassung auf Erzielung der möglichen Gleichmäßigkeit der Eisenbahntarife hingewirkt werden. Da nun die Aushebung des Salzmonopols bevorsteht, so hat der Handelsminister es für dringend wünschenswerth erachtet, daß die auf den Bahnen bestehende Verschiedenheit in der Tarifierung von Salz baldigst beseitigt werde, und zwar ist nach den gemachten Erfahrungen als der geeignetste Tarif für Sendung in Wagen von mindestens 100 Centnern ein Satz von 1,35 Pfennig pro Centner und Meile nebst einer Expeditionsgebühr von 1 Thaler pro 100 Centner erkannt worden. Der Handelsminister hat nun in einer Verfügung vom 26. Juni den Vorstehenden der Eisenbahndirektion in Hannover aufgefordert, bei der nächsten Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen den entsprechenden Antrag zu stellen und gleichzeitig die Direktionen der Staatsbahnen und die der unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen angewiesen, den Antrag zu unterstützen und auf dessen Annahme hinzuwirken.

Am 2. Juli findet im Marmorfaale des Stadtschlosses in Potsdam die Feierlichkeit des Annagelns der Fahnen an die Fahnenstangen statt. Der König wird an jeder Fahne den ersten Nagel einschlagen, den Hammer hierzu reicht der betreffende Regimentskommandeur, darauf folgen die Prinzen, die fremden Fürstlichkeiten, der General-Feldmarschall Graf v. Wrangel, die Generalität, die dazu bestimmten Offiziere und zuletzt die Fahnenträger. Im Ganzen werden 73 Fahnen und Standarten an 16 Infanterie- und 16 Kavallerie-Regimenter, an die Artillerie, an die Pionier- und Jägerbataillone verliehen. Die Fahnenweihe findet am 3. Juli bei günstigem Wetter im Lustgarten zu Potsdam statt. Die betreffende Allerh. Kabinettsordre vom 24. Juni 1867 lautet:

„Ich habe beschlossen, den im verflossenen Jahre neu errichteten Truppentheilen schon jetzt, und zwar am 3. Juli, dem Jahrestage der ewig denkwürdigen Schlacht von Königgrätz, Fahnen resp. Standarten zu verleihen. Ich beuge hierbei die Erwartung, daß dieselben diese ihnen in Gnaden anvertrauten Pioniere stets in hohen Ehren halten und durch alle Wechselfälle der Zukunft dem Vaterlande zum Heile und der Armee zum Ruhme führen werden. Zur Empfangnahme der qu. Fahnen und Standarten, deren feierliche Nagelung und Weihe nach den darüber von Mir speziell erlassenen Bestimmungen am 2. und 3. Juli d. J. stattfinden soll, sind die Kommandeure der neu errichteten Regimenter resp. Jäger- und Pionier-Bataillone, von einer der Zahl der Fahnen z. entsprechenden Anzahl von Unteroffizieren begleitet, zum 2. Juli d. J. Morgens nach Potsdam zu beordern. Sie haben diese Meine Ordre der Armee bekannt zu machen und hiernach das Weitere zu veranlassen.“

Berlin, den 24. Juni 1867. Wilhelm. An den Kriegsminister. von Koon.

Am 26. Juni hat der kommandirende General des Garde-Korps, Prinz August von Württemberg folgenden Korpsbefehl erlassen:

Beim Herannahen der Tage, an denen vor einem Jahre das Korps das Glück hatte, in siegreicher und entscheidender Weise an den glorreichen Tagen der Armee Theil zu nehmen, ist es mir ein Bedürfnis, Offizieren, Soldaten und Beamten Glück zu wünschen zu der schönen Erinnerung und dem stolzen Bewußtsein, in drei siegreichen Gefechten und in einer Entscheidungsschlacht mit Ausdauer und Hingebung gekämpft und den Ruhm des Korps in glänzender Weise gehiebt zu haben. Der gewaltige Kampf, den wir als Opfer gefallenen Kameraden wollen wir für alle Zeiten ein ehrenvolles Andenken bewahren. Die Geschichte wird ihnen als Seiten zu gewanten, die mit ihrem Leben die Treue gegen König und Vaterland besiegelt haben. Sie lebe der König!

Se. k. h. der Prinz Karl empfing zur Feier seines Geburtsfestes gestern Vormittag auf Schloß Glienicke zunächst die Glückwünsche seiner Familie, Adjutanten, Hoffräuen u. s. w. Mittags erschienen die Mitglieder des hohen Königshauses zur Gratulation.

Ueber die Rückkehr des Ministerpräsidenten Grafen Bischoff auf einige Tage verlautet noch nichts Bestimmtes; doch soll dieselbe am nächsten Montage erfolgen.

Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Seckow wird nächstens alle neuen Landestheile bereisen, um die dortigen landwirthschaftlichen Einrichtungen kennen zu lernen.

In Folge einer Berufung des Ministers des Innern ist der Landrath v. Floitwell aus Meieritz hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach wird er ein Kommissorium in dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen oder in Kassel selbst erhalten. (N. P. Z.)

Das Staatsministerium trat gestern Mittag 1 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Es steht nach der „Weserztg.“ fest, daß die Befragung der hannoverschen Vertrauensmänner hier in Berlin unter Vorsitz des Ministers des Innern zwischen dem 16. bis 20. Juli stattfinden werde. Die Verzögerung ist hauptsächlich durch einen

14tägigen Urlaub, welchen Graf Eulenburg in diesen Tagen antritt, veranlaßt.

Es waren bekanntlich mit der oldenburgischen Regierung Unterhandlungen über die Herbeiführung einer gleichmäßigen Besteuerung von Branntwein und Bier angeknüpft worden. Wie die „Korr. St.“ hört, sind diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gediehen.

Hinsichtlich der als Manuscript gedruckten „Korrespondenzen“ hat das Obertribunal jetzt durch Zurückweisung der seitens der „Liberalen Korrespondenz“ eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde den Satz bestätigt, daß diese Mittheilungen wie gewöhnliche Zeitungen kautions- und stempelpflichtig sind.

Am 28. d. Mts. früh um 4 Uhr verschied der regierende Fürst Friedrich Günther von Schwarzburg-Rudolstadt. Er war am 6. November 1793 geboren und regierte unter Vormundschaft seit dem 28. April 1807, selbstständig seit dem 6. November 1814.

Das schmutzige Pariser Organ des blinden Welsenkönigs, die „Situation“, greift jetzt in das Jahr 1815 zurück und schildert in ihrer Weise das Verfahren der „Preußen in Paris.“ Blücher, Muffling, so wie die sämtlichen Offiziere der Armee werden als wahre Banditen dargestellt, welche nichts thaten als Geld erpressen, die Frauen mißhandeln, spielen und sich der Böllerei hingeben. Von dem Feldmarschall Blücher wird behauptet, er habe in Unterhandlungen über eine regelmäßige Kapitulation der Stadt erst dann eingewilligt, nachdem ihm Fouche ein Geschenk von zwei Millionen gemacht hatte. An einer andern Stelle heißt es: „Blücher war von zwei Leidenschaften beherrscht, er wollte Paris brandschatzen und Napoleon aufknüpfen lassen. Für diesen letzteren Triumph hätte er Alles daran gegeben. Obgleich er das Spiel so sehr als den Wein und das Geld so sehr als die öffentlichen Dirnen liebte, so hätte er doch die Ergänzungen, die ihm diese edlen Leidenschaften versprachen, gern hinaus geschoben — für das Glück, Bonaparte, wie er sich ausdrückte, am Ende eines Strickes tanzen zu sehen.“ ... „Die Preußen, heißt es ferner, verwüsteten den ganzen nordwestlichen Theil der Umgegend von Paris; ihre barbarische Habsucht kannte keine Grenzen; Diebstahl, Feueranlegungen und Nothzucht begleiteten sie u. j. w.“

Sämtlichen katholischen Bischöfen in Rußland soll nach einem Pariser Blatte die Romfahrt untersagt worden sein.

Von dem geschäftsführenden Ausschuss der national-liberalen Partei ist folgendes Wahlschreiben erlassen worden: Geehrter Herr!

Die Unterzeichneten sind von der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses und anderen Unterzeichnern des Programms vom 6. d. Mts. in den geschäftsführenden Ausschuss für die bevorstehenden Reichstagswahlen in den alten preussischen Provinzen gewählt worden.

Die Wahlen werden ohne Zweifel in der zweiten Hälfte des August stattfinden, die amtlichen Vorbereitungen unmittelbar nach der nunmehr erfolgten Publikation der Bundesverfassung beginnen.

Es ist nicht bloß für die nächste Legislaturperiode des Reichstags, sondern für die ganze Zukunft unserer politischen Entwicklung von entscheidender Wichtigkeit, daß die Anfänge des deutschen Verfassungslebens nicht ausschließlich in die Hände einer fortschrittlichen Partei fallen. Aber die Erreichung der politischen Ziele hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die liberalen Parteien sich nicht bloß der Unterstützung der Regierung und der wohlorganisirten Macht der konservativen Interessen, unabhängiger, freisinniger Wahlfürsprecher zu bedienen. Um so dringender ist es geboten, daß wir unsere Kräfte rechtzeitig in die notwendigen Einleitungen treffen, um in den einzelnen Kreisen die Wahlbewegung zu organisiren und möglichst bald auf bestimmte Kandidaten zu lenken.

Wir müssen selbstverständlich wünschen, daß viele Liberale gewählt werden, die im Wesentlichen auf dem Boden unseres Programms vom Juni d. J. stehen. Wir meinen, daß dem konservativen Kandidaten in der Regel auch bei geringen Ausfichten in jedem Kreise ein liberaler gegenüber gestellt werden muß, daß aber gegen bisherige liberale Vertreter nur aus besonderen Gründen, namentlich, wenn ein anderer Kandidat unzweifelhaft bessere Chancen bietet, die Majorität zu gewinnen, ein anderer Liberaler aufgestellt ist.

Daß unsere näheren politischen Freunde sich nicht ohne Weiteres verdrängen und die Wahlagitatorien andern Parteischattierungen anheimfallen lassen, ist um so notwendiger, da unzweifelhaft bei den vorigen Reichstagswahlen in vielen Kreisen die aufgestellten liberalen Kandidaten unterlegen und konservative gewählt worden sind, weil man befürchtete, daß jene die Bundesverfassung überhaupt verwerfen und die im vorigen Jahre errungenen Resultate der preussischen Politik gefährden möchten, während andere Liberale, denen diese Beforgnis nicht entgegenstand, durchzubringen gewesen wären. Je zweifelhafter der Ausfall, desto sorgfamer ist zu prüfen, wer die besten Ausfichten hat, die liberalen Wähler zu einigen. In Ermangelung einer erwünschten Vertretung im ersten Reichstag dürfte es sich namentlich empfehlen, an jetzige oder frühere Vertreter des betreffenden Wahlkreises im Abgeordnetenhaus zu denken.

Wir legen es unsern Parteigenossen dringend ans Herz, daß schleunig in allen Theilen ihres Kreises Komitès gebildet und bestimmte Persönlichkeiten in

Ausficht genommen werden, welche namentlich in ländlichen Kreisen sich um die Ortschaften bemühen und dafür sorgen, die Kandidaten bekannt zu machen und über unsere Bestrebungen aufzuklären.

Wir bitten uns baldigst zu benachrichtigen:

1) ob in den Wahlkreisen, wo zum ersten Parlament Abgeordnete unserer Richtung gewählt waren, die Wiederwahl und deren Annahme zu hoffen ist

2) wessen Wahl in andern Kreisen in Aussicht genommen wird,

3) welche Personen sich vorzugsweise der Wahlagitatorien in unserem Sinne unterziehen und an welche wir uns vorkommenden Falls zu wenden haben.

Zu jeder Art von Ausficht, Vermittelung oder Vorschlägen, auch zur Beförderung von Flugblättern, sind wir auf Erfordern stets bereit. Vielleicht dürfte es rathsam sein, die Redaktionen der in Ihrem Kreise erscheinenden Blätter darauf aufmerksam zu machen, daß während der zwei nächsten Monate die von uns begründete autographirte Korrespondenz vorzugsweise Artikel, Erklärungen und Nachrichten zur Wahlbewegung enthalten wird.

Der Schwerpunkt der Wahlbewegung liegt in den einzelnen Kreisen, und von der Thätigkeit in denselben hängt der Ausfall lediglich ab; indessen haben die früheren Erfahrungen es immer als wünschenswerth erscheinen lassen, sich gegenseitig in Kenntniß zu erhalten und über einzelne Fragen zu verständigen. Dies zu erleichtern betrachten wir als unsere wesentliche Aufgabe. Auf eingehende Aufschreiben wird jeder von uns sofort das Erforderliche veranlassen. Wegen gütlicher Abwesenheit Einzelner bitten wir die Briefe in Wahlanglegenheiten vorzugsweise an den mitunterzeichneten Stadtrath v. Hennig zu adressiren, der sich der Geschäftsleitung im Ausschuss unterziehen wird.

Berlin, den 26. Juni 1867.

Der geschäftsführende Wahlausschuss der national-liberalen Partei.

H. Mann, v. Hennig, Laaser, Dr. G. B. Oppenheim, A. Reichenheim, Twesten.

Die „Berl. Aut. Korr.“, welcher wir dies Schreiben entnehmen, bemerkt, daß außer den angegebenen Unterzeichnern noch Herr v. Unruh in den Ausschuss gewählt ist.

Der Ausbau des Abgeordnetenhauses schreitet jetzt wieder rüstig vorwärts, nachdem er eine Zeitlang ins Stocken gerathen war. Bei der Erweiterung des Gebäudes in den Garten hinein hat nämlich das Wasser bei dem Grundbau ganz außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, das erst mit dem Aufwande von viel Zeit und Geld hat bewältigt werden können. Die auf 45,000 Thlr. ursprünglich für den Bau veranschlagten Kosten werden wahrscheinlich auf das Doppelte steigen, ehe der Bau fertig wird.

Auf dem Terrain der Wilhelmshöhe am Kreuzberg rücken die Planirungsarbeiten rüstig vor, und gegenwärtig läßt sich schon die künftige Gestaltung der projectirten Bauten und Anlagen mit Klarheit beurtheilen. Erleichtert wird dieser Ueberblick durch ein soeben im Buchhandel erschienenen lithographirtes Blatt, welches den Komplex von Landhäusern in ihrer Vollenendung nach dem Entwurfe des verstorbenen Gartendirektors Lenné und der Baumeister Ende und Boedmann darstellt. Von der nördlichen schmalen Spitze des Areals zieht sich der Hauptweg durch dasselbe mit leichter Biegung hindurch, um den in dem Kessel, welcher jetzt auf einen sehr kleinen Raum eingeschränkt ist, zu errichtenden Springbrunnen herum; nach Osten, nach der Chaussee zu, hat dieser Weg einen Ausläufer von gleicher Breite. Die östliche, wie auch die südliche Seite wird auf den Höhen, von welchen übrigens noch ein erhebliches Stück abgetragen werden soll, mit Willen befestigt werden, während an der westlichen, nach Tivoli zu, gelegenen Seite die Höhe frei bleiben wird, und die Häuser am Fuße derselben gebaut werden sollen, so daß sie in ihrem Rücken den waldbewachsenen Berg haben. Zwischen dem Mittelwege und den terrassenförmigen Vorgärten der östlichen, auf der Höhe gelegenen Häuser wird eine zweite Reihe von Landhäusern in der Länge des Grundstücks sich hinziehen. Nachdem die zunächst notwendigen Planirungsarbeiten vollendet sein werden, wird eine selbstständige, von einer Dampfmaschine zu betreibende Wasserleitung, sowie eine umfassende Kanalisirung eingerichtet, sodann das Terrain in ca. 40 Parzellen zerlegt werden, auf denen jeder ein kleines Haus mit 4—6 Zimmern erbaut werden soll.

Aus Hamburg, 27. Juni, wird der „Post“ geschrieben:

Am 24. hujus — beachten Sie das Datum — publicirte der Senat die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit der Erklärung, daß dieselbe am 1. Juli in Kraft trete. Vom 24. Juni bis 1. Juli sind sieben Tage, sieben fette Tage, die unwillkürlich an die sieben fetten Rufe Pharaonis erinnern, wenn wir sehen, welches Kapital aus ihnen geschlagen wird. Am 25. d. M., also Tags nach der Publikation einer Verfassung, welche die allgemeine Wehrpflicht und den persönlichen Dienst ohne Stellvertretung vorschreibt, veröffentlicht der Senat die Verloosungsliste der Dienstpflichtigen von 1846 und bezieht sich dabei ausdrücklich auf das Hamburger Rekrutierungsgesetz von 1862, welches §. 3. in der Bürgerpflicht bestig angefochten (die Minorität und zahlreiche Volksversammlungen verlangten das preussische Wehrsystem), die Stellvertretung statuirte. Der Senat fügt seiner Bekanntmachung hinzu, daß am 27. Juni die letzten Loosungen stattfinden, nach dem Alphabet die Namen von P. bis Z. Also drei Tage vor Thoreschluß wird das ganze Wehrprinzip des Norddeutschen Bundes von dem Senat der freien Stadt Hamburg mit einem Formalismus, dessen Gesichtlichkeit und Geschmeidigkeit an Bösko und Döbler erinnern, für Hamburg auf ein ganzes Jahr unmöglich gemacht, und wir sind militärisch erst am 1. Juli 1868 Glieder des Bundes. Die Verwunderung über diese Habilität ist ebenso starr wie allgemein. Sie sieht aus, wie eine Nase, die der Norddeutschen Bundesverfassung gedreht wird

Stimmen aus Wien vor und nach der Schlacht bei Königgrätz.

(Der deutsche Krieg von P. v. B.)

Juni.

„Ich habe Männer weinen gesehen beim Lesen des kaiserlichen Manifestes, und ich bin überzeugt, daß der Eindruck, den die beiden letzten Armeebefehle bei der Armee hervorbringen werden, zuerst der des Schmerzes sein wird, der einer tiefen stillen Entrüstung über das unerhörte, verbrecherische Vorgehen Preußens Platz machen wird. Die Armee unterdrückt ihn, den Ausdruck der Entrüstung und des Schmerzes, er müßte die Welt erzittern machen, wollte er sich der Brust entwinden; die Armee schweigt, aber aus diesem Schweigen spricht die majestätische Ruhe, welche dem Donnergetöse vorhergeht. Der Kampf wird groß und furchtbar über Preußen hereinbrechen, er wird Deutschland zu der Stellung und dem Namen bringen, der ihm gebührt.“ (Debatte.)

26. Benedek wird die Preußen in dem Kessel Böhmens fangen und dann niederschlagen. (Presse.)

27. Wir haben einen Mann von eisernem Willen, wie Benedek, der nicht den Preußen gleicht, die nur Zerfahren machen und deren ganze Kunst in Telegraphen- und Eisenbahnen und Kassenplündern besteht. (Presse.)

28. Wir werden den Feind niederschmettern, wo uns der Erfolg gewiß ist. Dann kann uns der Sieg nicht fehlen. (Kamerad.)

29. Das planlose Hin- und Herfahren der Preußen! (Milit.-Stg.)

30. Die von der Nordarmee vorhandenen Mittheilungen sind, wie man von kompetenter Seite hört, vollkommen befriedigend. Die Nordarmee ist im siegreichen Vormarsch. Fast in Vorübergehen hat sie blutige Korbereen geschickt. Aber eben deshalb hat sie sich nicht hinreißen lassen, ihre Vortheile sofort zu verfolgen! (Deutr. Stg.)

30. Die Bedeutung der Aktion drängt sich eben in dem Erfolge der einen Hauptschlacht zusammen, scheinbar ungünstige Epifoden würden diesem Erfolge gegenüber durchaus nicht von Belang sein. Wir wiederholen aber, die Nachrichten von der Armee lauten in jeder Hinsicht befriedigend. (Wiener Stg.)

Juli.

1. Ueberall, wo die Preußen hinkommen, angreifen sie. Ihre affenartige Behendigkeit. (Presse.)

2. Der frevelhafte Uebermuth der Preußen ist entsetzlich. (Debatte.)

3. Der Hohenzoller und sein Major Bismarck sind löbliche Karikaturen. (Presse.)

4. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind wirr, doch scheint es, daß wir siegegt haben. (Deutr. Stg.)

4. In dem Augenblicke, wo wir diese Zeilen niederschreiben, steht das Schicksal der Monarchie auf dem Spiele. Alles deutet darauf hin, daß wir uns auf eine große Trauerbotschaft gefaßt machen müssen. Noch in diesem Augenblicke wird mit Löwenmuth gekämpft, aber — das Wort erstarrt uns unter der Feder — die Schlacht scheint verloren! ... Alle Welt muß sich heute fragen: Wo sind unsere Bundesgenossen, die Baiern? ... Sind wir das Opfer eines Verrathes? (Milit.-Stg.)

5. Die Preußen! Diese Räuber, Mörder, Langfinger! (Kiteriti.)

6. Nicht im ehrliehen Kampfe sind wir besiegt worden; die unemseliche Bündel hat den Sieg errungen! (Milit.-Stg.)

10. Krieg auf Leben und Tod, bis auf das Heft. (Debatte.)

11. Die Trautenaus Bevölkerung hat gezeigt, welche Hülfsmittel noch unversucht gelassen wurden. (Milit.-Stg.)

12. Wenn die Noth am größten, ist Napoleon am nächsten. (Kiteriti.)

— Trautenaus ist ein Schutthaufen, von den Preußen der Erde gleich gemacht. (Morgeng.)

— Wir wagen nicht niederzuschreiben, welche Folgen die Niederlage nach sich zieht. (Debatte.)

14. Es sind ungeheure Fehler vorgekommen, Korpskommandanten haben sich als unfähig bewiesen. (Kamerad.)

— Benedek's Plan stellt sich immer mehr als Planlosigkeit heraus. (M. Stg.)

15. Ein allgemeiner Schrecken herrscht über eine bevorstehende Invasion der Preußen in Wien. (Presse.)

16. Es wäre möglich, daß eine Okkupation Wiens durch Preußen stattfinden könnte. Man verbanne die Furcht. Die Preußen haben in Prag gute Disziplin gehalten und Privat-Eigenthum geschont. (Deutr. Stg.)

17. Die Ueberlegenheit der preussischen Führung ist zweifellos. Es sind sich Zukunft und Vergangenheit gegenübergestellt. (Presse.)

— Wenn nicht günstigste Bedingungen gestellt werden, sei das Schicksal dem Lenker der Schlachten anheimgestellt. Wir haben noch eine mächtige Armee. (Debatte.)

— Se. Majestät der König von Preußen geruhen dem entgegenstehenden Bürgermeister von Brünn huldreich zu antworten. Der Premierminister Graf Bismarck gewährte Dr. Giska ein längeres Gespräch und erwiderte ihm den Besuch. (Presse.)

18. Wir sprechen es unverholen aus, daß für den Fall, als die preussischen Bedingungen irgend annehmbar sind, auf dieselben eingegangen werden soll. Wien ohne genügende Aussicht auf Erfolg zu verteidigen, wäre ein frevelhaftes Beginnen. (Presse.)

18. Nicht die Bündel hat bei Königgrätz gesiegt, sondern die Niederlage war die Folge geist- und hilfloser Führung. (Milit.-Stg.)

19. Noch haben wir nicht alles Vertrauen auf das aktive Eingreifen des Kaisers Napoleon verloren. Es liegt in seinem Interesse, Deutreich nicht zerstückeln zu lassen. (Presse.)

— Es erweist sich nicht als wahr, daß Trautenaus niedergebrannt ist. Alle Fabriken sind wieder im Gange. (Milit.-Stg.)

20. Lieber Frieden als nutzlose Vertheidigung. (Deutr. Stg.)

21. Wir haben nie auf Napoleon gezählt. Wer würde auch auf den Mann rechnen, der nur seine eigenen Interessen kennt. (Presse.)

— Napoleon ist ein Heuchler, der mit diabolischer Bosheit Deutreich zu Grunde richten will. (Reform.)

Wien. — [Gräfin Gabriele v. Thurn.] Ueber das tragische Unglück, von welchem die Gräfin Gabriele v. Thurn heimgesucht wurde, erzählt folgendes, der „Zagepost“ mitgetheiltes Privat Schreiben einige Details: Die Gräfin war am 16. Juni mit zahlreicher Begleitung Nachmittags in Sordendorf und hat sich über den neuen Besitz kindlich gefreut. Abends hat sie in ihrem Zimmer geschrieben. In der Dämmerung machte sie mit einem Wachs-zündhölzchen Licht und warf es dann nach rückwärts weg. Es fiel unglücklich Weise auf ihr langes Kleid, welches wahrscheinlich gleich darauf zu brennen anfing. Sie wurde es nicht gewahr, bis sie an den Hüften das Brennen verspürte. Als sie sich umdrehte, stand das Kleid schon in hellen Flammen. Im Zimmer war Niemand und auch nicht in der Nähe. Von einem Dämpfen der Flammen war keine Rede mehr; schreiend lief sie dann nach zwei Zimmer, bis ihr im dritten der Graf entgegenkam, der sie niederwarf und sich fruchtlos bemühte, die Flammen zu löschen. Er schleppte sie brennend in das Speisezimmer, wo er den Tischdecke erfaßte und endlich der Flammen mit Hilfe desselben Meister wurde, nachdem schon eine graßliche Verheerung stattgefunden hatte. Erst in diesem Momente kam ein Diener mit Wasser herbei. Wäre dieser Teppich nicht bei der Hand gewesen, so verbrannte die Arme an Ort und Stelle zu Kohle. Der Graf selbst verbrannte sich an den Händen, am Hals und Gesicht sehr stark, war jedoch schon außer Lebensgefahr, während er jetzt durch den Tod seiner jungen Gemahlin fast rasend ist. Der Gräfin starke Krinoline trug viel zum Unglück bei, denn während ihr Mann sie auf der einen Seite niederdrückte, loderte der „Waisch“ auf der anderen Seite hell empor. Von der Krinoline blieben nur die Stahlstreife übrig. Man ist über diesen schrecklichen Fall allgemein bestürzt. Man hat die liebenswürdige Frau schon außer Gefahr geglaubt, als sie in der Nacht vom Sonntag auf den Sonntag zu phantaziren begann, worauf der Tod mit rapider Schnelligkeit eintrat.

— Der „Zuf.“ wird folgende Mittheilung über den Prinzen Napoleon gemacht: Der Kaiser hat seinen lieben Cousin, den Prinzen Napoleon (Jerome), zum Präsidenten der internationalen Münzkommision ernannt. Wohl eine Belohnung für die Bereitwilligkeit, mit welcher er sich sein artig aus dem Staube machte, ehe

der Czar nach Paris kam? — Da das Palais Royal der Rendez-vous-Ort für verbannte Polen, Ungarn, Walachen und Italiener ist, so hätte die Anwesenheit des Prinzen in Paris, zumal bei Gelegenheit des bevorstehenden Attentats höherer Dites Verlegenheiten bereiten können. — Ich will damit keineswegs gesagt haben, daß der Prinz politische Meuchelmorde gut heißt oder entfernt begünstigt. Im Gegenteil. Ich bin fest überzeugt, daß er sie verurteilt wie folgender, bis jetzt nicht veröffentlichter Zwischenfall, dessen Authentizität ich verbürgen kann, beweisen möge.

Es war am 2. Dezember 1851. Schon hatten die Kanonen auf den Boulevards ein blutiges Grndfest gehalten. In den Straßen versuchte man hier und da einen rasch besiegten Widerstand. Ueberall fahndete man nach den vogelfrei erklärten Volksrepräsentanten, namentlich aber nach den Deputierten der Bergpartei, die in dem Faubourg St. Antoine die Arbeiter zum Kampfe aufriefen. — Ein Duzend jener Deputierten der Montagne waren gegen Abend in einem Hause Rue de Moulins Nr. 27, wenn ich nicht irre, versammelt. — Unter ihnen auch, merkwürdiger Weise, der Prinz Napoleon (Jerome). Seine Anwesenheit an jenem Orte und in einem solchen Augenblick war jedenfalls taktlos, denn sein Name allein war den Republikanern verdächtig. Wohl mehr um den Prinzen das Taktlose seines Aufdrängens fühlen zu lassen, als im Ernste, nahm plötzlich der am Kaminfeuer den Kopf in die Hand stützende berühmte Deputierte Michel de Bourges das Wort und sagte zu dem Prinzen:

„Mein Herr, Sie behaupten, Sie gehören zu uns. Gut! Beweisen Sie es. — Sie wissen, wer sich über das Gesetz gestellt, begiebt sich freiwillig des Schutzes der Gesetze. Er wird vogelfrei. Sie sind der Einzige, der noch Zutritt zu dem Manne hat, der die Republik verrät. Gehen Sie hin und thun Sie Ihre Pflicht als Bürger und Montagnard!“

„Ich kann nicht“, erwiderte der Prinz.
„Und warum? herrschte ihm Michel de Bourges zu. Was verhindert Sie?“

„Meine religiöse Ueberzeugung!“
Nach diesen Worten machte sich der Prinz unter dem ironischen Lächeln der Volksrepräsentanten aus dem Staub und fand es klüger, den Frieden mit seinem Kousin zu machen.

In städtischen Kreisen ist die Kirchhofsfürage noch immer in lebhafter Diskussion. Sie erinnern sich, daß die neuen Friedhöfe von Paris in die Nähe von Pontoise, genauer nach Mery sur Oise, verlegt werden sollten. Hierzu mußte jedoch eine eigene Verbindungsbahn gebaut werden. Diefelbe sollte nach den Anschlägen und Plänen aber gerade mitten durch die fruchtbare Ebene von Montmorency, bei St. Gratien, dem Landsitz der Prinzessin Mathilde vorbei, durchgeführt werden, eine Gegend, in der das reiche Paris vorzugsweise Villengüter zu halten liebt. Diese Gegend sowohl als die Grundbesitzer, welche eine Entwertung ihrer Grundstücke und die Flucht ihrer Mieter fürchteten, wenn tagtäglich das tobe Paris an ihnen vorbei passierte, setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um dem drohenden Unglück zu entgehen, wobei sie sich auch an die Prinzessin Mathilde wandten, die gleich ihnen hätte leiden müssen, und so für den Augenblick wenigstens ihr Spiel verdrängen. Prinzessin Mathilde und Herr Hausmann sind nämlich seit geraumer Zeit intime Freunde, und seit diese Dame unter den Supplikanten ist, zeigt sich der Seine-Präsident unerbittlich. Hat er sich doch schon einmal an ihr gerächt. Sie bewohnt bekanntlich in der Rue de Courcelles ein Haus nebst Garten, das ihr vom Kaiser angewiesen worden. Zum Durchbruch des Boulevards, der seinen Namen führt, brauchte Herr Hausmann einen Theil dieses Gartens, und als ihn die Prinzessin nicht gutwillig hergeben wollte, brauchte er gegen sie das Expropriationsgesetz und zerschritt ihr die Blumenbeete. Mathilde remonstrirte vergebens und besuchte hinfür weder das Hotel de Ville noch empfing sie den Präsidenten. Aber den Expropriationsbetrug hätte sie doch gern gehabt, zumal als sie durch ihren Agenten erfuhr, daß derselbe auf 250,000 Fr. festgesetzt worden. Sie sandte daher aufs Stadthaus, um diese Summe in Empfang zu nehmen, aber der beleidigte Hausmann eröffnete ihrem Bevollmächtigten persönlich, daß Haus und Garten nicht der Prinzessin, sondern dem Kaiser gehörten und an diesen auch der Betrag gezahlt werden würde. Noch am selben Tage eilte wirklich der Seine-Präsident nach den Tuilleries und sagte zum Kaiser: „Sir, Sie wurden expropriert, ohne es zu wissen, die Stadt schuldet Ihnen 250,000 Fr., die ich Ihnen hiermit übergebe.“ Der Kaiser erkundigte sich nach dem Grundstücken, daß Alles in Ordnung war und quittierte. Die Prinzessin Mathilde aber vergißt dem Herrn Hausmann diesen Streich nimmermehr, und er gedankt noch immer ihrer Abwesenheit von seinen Festen und Empfangsabenden. Die Einwohner des Thaies von Montmorency aber wollen sich an den Kaiser wenden, um der Todten-Eisenbahn zu entgehen.

Paris, 29. Juni. Der Sultan ist heute Morgen um 9 1/2 Uhr in Toulon gelandet und wird morgen um 4 Uhr hier eintreffen. — „Etandard“ erklärt die Nachricht, daß der preussische Botschafter Graf v. d. Goltz die Unterdrückung des Journals „La Situation“ verlangt habe, für unbegründet.

Italien.

Florenz, 24. Juni. Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Garibaldi um die letzte Bewegung gegen das römische Gebiet wußte und daß Gefahr im Verzuge ist. Die beiden Briefe, welche der General in der vorigen Woche an das Insurrektions-Centrum in Rom richtete, sind sehr belehrend. In dem ersten sagt er:

„Ich melde Ihnen, daß das römische National-Komitee sich an mich gewandt hat“ und entschlossen ist, zu handeln. Ich bin von dem patriotischen Entschlusse des National-Komitees erfreut und billige ihn.

Castelletti, den 17. Juni.
Hierauf antworteten die Mitglieder des Insurrektions-Centrums, daß sie sich mit dem National-Komitee nicht hätten in Einklang setzen können, daß sie von Spionen und Spürern umgeben seien und sich deshalb entschlossen hätten, ihre Entlassung zu geben und nur persönlich der guten Sache noch zu dienen. Garibaldi ist in einem neuen Schreiben mit diesem Entschlusse zufrieden und wünscht nur, daß das unzuverlässige National-Komitee dieses Beispiel befolgen möge. Er sagt:

„Ich werde direkt dafür Sorge tragen, daß das Werk, welches Ihr mit so viel Einsicht und Thätigkeit begonnen habt, nicht unterbrochen werde. Unter dessen bitte ich Sie, die Emission der Papiere fortzusetzen, die bestimmt sind, den Römern Hilfe zu bringen.“

Die Regierung erkennt den ganzen Ernst der Lage und wirft Truppen auf Truppen nach der römischen Grenze. Gestern erst ist das 8. Verjagteri-Bataillon von Mailand dahin abmarschirt. Man erwartet zum 29. eine große Bewegung der Aktion nach Viterbo, dessen antikerilale Gesinnung bekannt ist.

Florenz, 29. Juni. Der Kronprinz von Italien wird, sicherem Vernehmen nach, sich in den nächsten Tagen mit großem Gefolge nach Berlin begeben, um dem am 3. Juli in Potsdam stattfindenden militärischen Feiern beizuwohnen.

(Diese Nachricht hätten wir unsern Lesern schon in der Sonnabend-Zeitung mittheilen können, wenn das betr. Telegramm, am 29. d. Nachm. 1 Uhr 18 Min. in Berlin angekommen, nicht erst um 6 Uhr Abends in Posen angekommen wäre.)

Rom, 24. Juni. Die Jesuiten haben im Werk, den Satz von der Unfehlbarkeit des Papstes zu einem wirklichen

Dogma machen zu lassen und bereiten dies vor. Schon ehe die Bischöfe in Rom eintrafen, hatte sich das Gerücht verbreitet; man hatte geglaubt, daß sie in einer Synode neben der Deklaration von der absoluten Nothwendigkeit des Dominium Temporalis auch die Infallibilität des Papstes als Glaubensartikel proklamieren würden. Die „Civiltà Cattolica“ ist, wie Sie sich erinnern, im vorigen Jahr durch päpstliche Bulle mit den Rechten einer moralischen Körperschaft ausgestattet und zu einem bleibenden Organ der Kirche selbst erklärt worden. Ihre Artikel haben daher keinen privaten Charakter. Sie fordert in ihrer letzten Nummer einen „neuen Tribut für St. Peter“, welcher ohne Frage viel Aufsehen in der Welt machen und in der aufgeklärteren katholischen Kirche Deutschlands wahrscheinlich Widerspruch finden wird. Die Jesuiten sagen: Die Gläubigen, welche die katholische Kirche in ihren gegenwärtigen Gefahren stützen, haben ihr bisher zweierlei Tribut dargebracht. Geld (als Peterspfennig) und Blut (als Zaven und andere Söldlinge im Dienste des Papstes); es fehlt ein dritter, höherer Tribut: die Vernunft (wenn es nämlich passend ist, die Ausdrücke „Intelligenz und Seele“ damit zu übersetzen). Dies dritte Opfer für St. Peter soll nun in dieser Weise dargebracht werden, daß Geistliche wie Laien auf dem Altar St. Peters das Gelübde ablegen, an die Infallibilität des Papstes zu glauben und dafür sogar mit dem Leben einzustehen. Die Jesuiten haben dazu folgende Formel vorgeschlagen:

„St. Petrus, seliger Fürst der Apostel, Ich N. N., verlangend, Euch und in Euch Euren Nachfolgern auf dem apostolischen Stuhl einen Tribut besonderer Devotion darzubringen, welcher für Euch und die Kirche eine Entschädigung für die dem heiligen römischen Stuhle widerfahrne Mißhandlung sein und mich verpflichten soll, ihn mehr zu ehren; Ich gelobe, selbst mit meinem Blute die unter den Katholiken schon sehr verbreitete Doktrin festzuhalten und zu bekennen: daß der Papst unfehlbar ist, wenn er als Lehrer des Universums, oder wie man sagt, ex cathedra dasjenige definiert, was man in Glaubenssachen und in der Moral glauben soll, und daß folglich seine dogmatischen Dekrete unreformirbar sind und das Gewissen binden, auch ohne vorgängige Zustimmung der Kirche. Es gefalle Euch, ruhmreicher St. Petrus, dieses Gelübde in meinem Namen dem göttlichen Stifter der Kirche darzubringen, von welchem auf Euch und Eure Nachfolger alle Vorrechte des souveränen Pontifikats und des obersten Lehramtes ausgehen. Behaltet mich von heute ab so fest verbunden Eurem Stuhl und so gläubig an die Autorität Eurer Nachfolger, daß ich durch meinen standhaften Glauben des höchsten Gutes theilhaftig werde, niemals vom Wege des Heils abzuweichen.“

Das also ist die Formel, welche die Jesuiten zu unterschreiben allen hier anwesenden fremden Geistlichen vorschlagen und überhaupt allen Katholiken empfehlen. Es scheint, daß es ihre Absicht ist, einen Bund über die Welt auszubringen, unter dem Titel der St. Petersritterschaft (für welche wahrscheinlich die Bruderschaft der Schlüsselträger Petri der Vorläufer war), und daß dieser Bund zunächst den Zweck haben soll, ein Dogma durchzusetzen, wodurch der Papst mit der absolutesten Diktatur in der Kirche bekleidet wird.

Die „Stalie“ vom 26. Juni bringt unter ihren letzten Nachrichten folgende, sichtbar sehr vorsichtig abgefaßte Andeutung: „Es ist von einem neuen Einsallsversuche, der diesmal auf der See- und der Kirchenstaates erfolgt sei, die Rede; es handle sich dabei um eine Schar von einigen Hundert Leuten, die, so glauben wir, durch Truppen zerstreut sein werden.“ Der Seearab schweigt bis zur Stunde über die zweite Invasion. Die Eisenbahn von Nunciarella nach Civita-Vecchia ist nun eröffnet, so daß jetzt direkt von Florenz über Livorno Truppen nach Civita-Vecchia und Rom geworfen werden können, sobald man dies nöthig halten sollte, um den Vatican gegen die Insurrektion in Rom zu schützen. Die Gefahr ist um so größer, als zu befürchten steht, daß, wenn Rattazzi zögert und Garibaldi wirkliche Erfolge an der Tiber ernten sollte, die Bewegung sich auch auf Süditalien ausdehnen könnte, und die Bewegungspartei alsdann der Florentiner Regierung schwere Stunden bereiten dürfte.

Der „Allg. Stg.“ wird geschrieben: „Verona war bei Gelegenheit der Kronleichnamspartei der Schauplatz einer höchst beklagenswerthen Scene. Da die dortige Geistlichkeit verweigert hatte, am Verfassungsfeiertag vom 2. Juni Theil zu nehmen, so waren dem Municipium schon vor längerer Zeit Warnungen zugegangen, es sollte die feierliche Prozession entweder nicht stattfinden lassen oder sich auf tumultuarische Störungen gefaßt machen. Trotzdem wurden die Vorbereitungen für die Prozession getroffen, und obwohl die Dekorationen schon am Abend vorher größtentheils zerstört wurden, bewegte sich der Zug am 20. d. M. dennoch feierlich von der Kathedrale aus durch die Stadt. Auf der Piazza dei Signori jedoch stürzte sich eine Volksmasse mit Schreien und Pfeifen auf den Zug, warf den Priester mit dem Sanctissimum, häßlichen, Altklerikern u. s. w. zur Erde, löschte die Kerzen aus und brachte eine unbeschreibliche Verwirrung unter das Publikum. Auch an andern Stellen der Stadt wurde die Prozession mit Steinwürfen und Lärmern gestört.“

Dem Schreiben eines Augenzeugen entnimmt die „Triester Zeitung“ über die Vorfälle in Verona noch Folgendes: „Wie gewöhnlich waren die Straßen, durch welche die Kronleichnamspartei ziehen sollte, mit einem Zeltdache bedeckt. In der Nacht zuvor wurde dasselbe an vielen Stellen zerschnitten und zertrümmert. Der Umzug begann um 9 Uhr Morgens vom Dome aus. Die Straßen waren, mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht geschmückt, die Läden offen, der Marktplatz mit Käufen und Verkäufen gefüllt, und auf den Balkonen sah man Leute, welche die Ceremonie verspotteten und laute Beschimpfungen gegen die Priester ausstießen. Als ich mit meiner Pforte auf der Piazza dell' Erbe anlangte, fiel ein Steinhaufen auf uns und die Verwirrung war groß. Der ärgste Standal aber ereignete sich auf der Piazza dei Signori. In dem Augenblicke, als der Generalvize den Segen gab, stürzte sich ein Garibaldianer auf ihn, rief ihn zu Boden, ergriff die Konfession und wollte sie in Stücke zerhacken. Der Priester aber, welcher dem Generalvize zur Seite stand, ein starker junger Mann, entriß dem Garibaldianer das Degenhilt und trug es schnell auf die Kirche Sta. Maria antica. Während dieses Attentats drang ein Volkshaufe auf die Prozession ein, warf die Priester und viele andere Theilnehmer zu Boden, zerriss den Baldachin, die Fahnen u. s. w. Nun entstand ein allgemeines Handgemein, da ein anderer Theil der Bevölkerung und das anwesende Landvolk den Ruhestören zu Leibe ging. Endlich stellte die bewaffnete Macht die Ruhe wieder her.“

Spanien.

Der Minister des Innern zeigte im Kongress in Folge einer Interpellation an, daß ein Haufe von 60 schlecht bewaffneten Leuten in der Umgegend von Madrid erschienen sei, aber sich nach den Vergehen in der Richtung nach Cuenca zurückgezogen habe; es seien mehrere Gefangene gemacht worden; allem Anscheine nach sei jedoch eine weitere Störung der Ruhe nicht zu befürchten. Privatbriefe aus Madrid bringen Näheres. Am 22. Juni, dem Jahrestage des vorjährigen Aufstandes, wurde wieder ein Putsch versucht. An 100 Bewaffnete bemächtigten sich einer kleinen Eisenbahn-Station auf der Linie von Madrid nach Aranjuez. Sie zerschnitten die telegraphischen Drähte, rissen die Schienen auf und zerstörten einige Lokomotiven. Als aus Madrid endlich Truppen anlangten, waren die „Insurgenten“ nicht mehr zu finden, und so wurde dann von allen Seiten eine Jagd auf die Entflohenen angestellt, wie sie in Spanien bei solchen Fällen gebräuchlich, die aber bis jetzt noch kein Resultat ergeben hat. Das plötzliche Verschwinden einiger der hervorragendsten Mitglieder der in Paris ansässigen spanischen Emigration

steht in auffallendem Zusammenhange mit dieser Begebenheit. Der „Liberté“ zufolge bestehen in der Provinz Madrid zwei Banden, die im Lande herumziehen. Auch in der Provinz Burgos und in der von Valencia bilden sich Banden. Die Besorgniß ist überall um so größer, als die Blätter über dergleichen nicht reden dürfen.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Juni. Die offizielle „Turquie“ demenit die Behauptung des „Etandard“, daß die englische Regierung der Pforte eine Note habe überreichen lassen, welche die von den übrigen Mächten in der Kollektivnote gemachten Vorschläge unterstützen sollte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 1. Juli.

Die „Köln. Stg.“ bringt das Verzeichniß der Preis-Medailen, welche auf der Pariser Industrie-Ausstellung den Ausstellern des Norddeutschen Bundes, Süddeutschlands, Ostreichs und der Schweiz zuerkannt worden sind, mit nachstehendem Schreiben Ihres Pariser Korrespondenten:

„Ich sende Ihnen heute das Verzeichniß der auf der zweiten Pariser Welt-Ausstellung zur Vertheilung gekommenen Preise, wie sie aus der Reinigungsarbeit des obersten Prüfungsrathes hervorgegangen, und so weit sie sich auf Aussteller aus Nord- und Süddeutschland, Ostreich und der Schweiz beziehen. Leider hat bei der unsorgfältigen Art, in welcher die geschriebenen Listen von französischen Sekretären angefertigt wurden, deutscher Gründlichkeit nur sehr wenig Rechnung getragen werden können. Orts- und Personennamen wurden oft in erschreckender Weise verunstaltet, daß es beim besten Willen nicht möglich war, die Originale auch nur herauszuerkennen, während auf der anderen Seite nicht selten sogar, sämtliche Ortsangaben mit einer an Gefässlichkeit grenzenden Regelmäßigkeit sich weggelassen fanden. Alle diese kleinen Unzulänglichkeiten mußten daher auch auf den folgenden Auszug aus den Gesamtlisten einwirken, für den mir keine anderen Quellen, als eben die fehlerhaften französischen offiziell zu Gebote standen; so weit thunlich, habe ich dieselben aus dem französischen allgemeinen Ausstellungskalender ergänzt.“

Wir theilen nachstehend die Namen der in dieser Liste erkennbaren Prämiierten unfer Provinz mit, können jedoch aus den in dem obigen Schreiben angeführten Gründen für die Richtigkeit und Vollständigkeit unseres Auszuges nicht einstehen. Es haben erhalten:

- 34. Klasse. Wäsche: R. Schmidt in Posen, die Bronze-Medaille.
- 43. Klasse. Nicht zur Nahrung bestimmte Aderbauegegenstände: Lehmann in Mitle, die silberne Medaille. Chlapowski in Kopaszewo, die Bronze-Medaille.
- 57. Klasse. Cerealien und mehhlaltige Erzeugnisse: Jentsch in Krotoschin, Karasinski in Schrimm (Emden) und Moring in Scharfenort, die Bronze-Medaille.

Von den in unserer Nachbar-Provinz Schlesien Prämiierten erwähnen wir zweier bekannter Firmen von gutem Klang, und zwar erhielten:

Die silberne Medaille: Flemming in Glogau, für geographische und kosmographische Karten; die Bronze-Medaille: Dubois in Hirschberg, für chemische und pharmazeutische Erzeugnisse. (vergl. Nr. 111. d. B.)

Ein in Frankfurt a. D. lebender Literat, der sich schon seit Jahren mit dem Verstand seiner im Selbstverlage erschienenen Werke beschäftigt, fährt fort, an Personen unferer Provinz, die ihm bei Anwesenheit veranlaßt, vergüteten Zusendungen in portofreien Briefen zu machen. Wer, ohne Verbindungen in Frankfurt a. D. zu haben, von dort einen beschrifteten Brief erhält, kann gewärtigen, daß es sich um eine literarische Bettelei handelt.

Sonnabend am 29. d. M. ist der Kassenbote der k. Bank in Bromberg, Namens Joltowski, mit einer Summe Geldes zwischen 70—80,000 Thlr. verschwunden. Derselbe wird seit gestern auch hier eifrig gesucht, und vielleicht bald gefunden, da er die Höhe von 11“ haben soll. Die entwendeten Papiere bestehen fast nur in größeren Aponts und werden dem Diebe wohl nicht zu Gute kommen.

[Schwurgericht.] Die heute beginnende 4. diesjährige Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts wird, so viel bis jetzt bestimmt, zehn Sitzungstage für sich in Anspruch nehmen, somit am 11. d. M. ihre Endschafft erreichen. Im Ganzen sollen während derselben 20 Anlagen zur Verhandlung gelangen, jedoch sind wir momentan nur in der Lage, über die Vertheilung der ersten 17 Sachen berichten zu können, welche folgendermaßen bewerkstelligt ist.

Am 1. Juli stehen zur Verhandlung an die Anlagen: 1) wider die Tagelöhner Ignaz Adamski und Stanislaus Josefial wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall und den Arbeitsmann Franz Häusler wegen Theilnahme an einem schweren Diebstahl; 2) wider den ehemaligen Vormwererspächter Nikolaus Marowski wegen Diebstahls; 3) wider den Tagelöhner Gottfried Semmler wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfall; 4) wider den Pferdehändler Johann Komalewski wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfall, und den Hernal Joseph Dominiski wegen schweren Diebstahls und Jakob Kaczmarek wegen schwerer Hehlerei; am 2. d. 5) wider den Tagelöhner Mathias Malepizal wegen versuchten schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall; 6) wider die Tagelöhnerin Magdalena Ringler wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall, die unverheiratete Marianna Agnes Kreszinska wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfall und die Dienstmagd Michalina Polzin wegen schweren Diebstahls; 7) wider die unverheiratete Josepha Prüfer wegen vorsätzlicher Brandstiftung; am 3. d. 8) wider den Kaufmann W. wegen betrügerlichen Bankrotts und Begünstigung von Gläubigern nach erfolgter Zahlungs-Einstellung und den Kaufmann Abraham Falk Cohn wegen Theilnahme an demselben Verbrechen; am 4. d. 9) wider den Schuhmacherlehrling Michael Dabrowski wegen vier schwerer Diebstähle im wiederholten Rückfall und Meuterei, den Diensthof Stanislaus Dolinski wegen vier schwerer und drei einfacher Diebstähle im Rückfall und Meuterei, den Schafersnecht Stanislaus Gryzbowski wegen eines schweren Diebstahls, die Tagelöhnerin Viktoria Wozniak wegen Theilnahme an einem einfachen Diebstahl im wiederholten Rückfall, die Schneider Berel Rothbart und Albert Koppel und den Kleiderhändler Hermann Manasse wegen einfacher Hehlerei; — am 5. d. 10) wider die Tagelöhner Stanislaus Golimowski, Jakob Andziewski und Martin Jaskowial wegen schweren Diebstahls, bei ersterem im wiederholten Rückfall; 11) wider den Eigenthümer Joseph Kaczmarek wegen dreier schwerer Diebstähle im wiederholten Rückfall; — am 6. d. 12) wider den Tagelöhner Joseph Grabecki wegen schweren Diebstahls im Rückfall; 13) wider den Fischer Joseph Grylewski wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfall; — am 8. d. 14) wider den Arbeiter Johann Diebelski wegen Widerseßlichkeit gegen einen Fortsaufseher unter körperlicher Beschädigung desselben; 15) gegen die Tagelöhnerin Karoline Nauhut wegen Raubes auf einem öffentlichen Wege; — am 9. d. 16) wider den Tagelöhner Jof. Grzeskowiak wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall; 17) wider den Arbeiter Thomas Nowacki wegen vorsätzlicher Körperverletzung, welche den Tod eines Menschen zur Folge gehabt hat. — Der Beginn der einzelnen Sitzungen ist um 8 Uhr Morgens.

— Zur Feier des Königsgräber-Schlachtages am 3. d. M. werden vom 50. Regiment umfangreiche Arrangements getroffen. Vormittags stellt sich das Regiment mit den Fahnen auf der Esplanade des Kernwerks auf, wo eine Ansprache an dasselbe gehalten wird. Mittags Diner des Offizierskorps, wo eine Ansprache an dasselbe gehalten wird. Am 100 Mann bestehenden Soldaten-Gesang. Legterer wird von einem aus ca. 100 Mann bestehenden Soldaten-Sängerchor ausgeführt, der mehrere auf die Bedeutung des Tages Bezug habende Gesänge unter der Leitung des Kapellmeisters Herrn Walthers eingeübt hat. Zur Aufführung kommt auch die neueste Schlachtmusik, Gemälde der Schlacht von Königgrätz, von Wieprecht. Den Schluß bildet ein Ball. Dem Publikum ist der Zutritt zu diesen Festlichkeiten nicht gestattet, da allein das Regiment den Garten fallen wird, doch werden Seitens des Regiments Einladungsarten ausgegeben.

(Beilage.)